



## Antrag

der Abgeordneten **Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

### Öffentlicher Dienst in Bayern: Homeoffice stärken und erhalten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, angesichts der aktuellen Erfordernisse für eine weitere Kontaktreduktion in der Coronakrise die Möglichkeiten für Homeoffice und mobiles Arbeiten im öffentlichen Dienst in Bayern, wo immer es durchführbar ist, nochmals kurzfristig auszuweiten.

Die Staatsregierung wird darüber hinaus aufgefordert, die während der Coronakrise verstärkte Nutzung von Homeoffice und mobilem Arbeiten für die Bediensteten und Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst in Bayern bedarfsgerecht und dauerhaft zu ermöglichen. Die Staatsregierung soll deshalb zeitnah zusammen mit den Personalvertretungen und den Gewerkschaften unter folgenden Aspekten das Thema „Homeoffice und mobiles Arbeiten“ intensiv in den Blick nehmen:

- Ermittlung der Präferenzen der Angehörigen des öffentlichen Dienstes hinsichtlich einer verstärkten Nutzung
- Schaffung der technischen Voraussetzungen, insbesondere einer aufgabengerechten IT-Infrastruktur
- Formulierung der erforderlichen Dienstvereinbarungen
- Konzeption zur angemessenen steuerlichen Berücksichtigung von Aufwendungen für eine Initiative auf Bundesebene (Weiterentwicklung der jetzigen Pauschale von max. 600 Euro)

Darüber hinaus sollen in gesamtstaatlicher Perspektive auch die folgenden Punkte Beachtung bei der Entscheidung über die verstärkte Nutzung von Homeoffice und mobilem Arbeiten finden:

- generelle Entlastung der Ballungsräume und Zentren, Stärkung des ländlichen Raums
- verringertes Aufkommen beim öffentlichen und individuellen Nahverkehr
- Einsparpotenzial bei Räumlichkeiten und Büroflächen für den Staatshaushalt

### Begründung:

In ihrer Antwort vom 23. Juni 2021 auf eine Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion führt die Staatsregierung zur Entwicklung der Telearbeit im öffentlichen Dienst in Bayern während der Coronakrise zwar aus, dass sich die Anzahl der Beschäftigten in Telearbeit signifikant erhöht habe, ohne jedoch konkrete Zahlen für die einzelnen Ressorts nennen

zu können. Es gibt auch einige ganz aktuelle Entwicklungen in der Staatsverwaltung: In Altötting wurde Ende September 2020 der erste bayerische Behördensatellit eröffnet. Es ist der erste von fünf geplanten Standorten, an denen mit jeweils 20 professionell ausgestatteten Arbeitsplätzen für Fernpendler ein Arbeiten außerhalb der eigentlichen Dienststelle ermöglicht werden soll. Weiterhin umfasst eine neue Vereinbarung zwischen dem Hauptpersonalrat und dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat ein Regelwerk für Telearbeit (hier wird nicht mehr von Homeoffice, Wohnraumarbeit oder mobilem Arbeiten gesprochen) im gesamten Finanzressort.

Die Thematik sollte jedenfalls umfassend und zusammen mit Personalvertretungen und Gewerkschaften in den Blick genommen werden, denn es gibt mittlerweile eine Reihe von klaren und nachdrücklichen Äußerungen von Gewerkschaften zum Thema Homeoffice und mobilem Arbeiten:

„Über einen Zeitraum von zwei Monaten hat der BBB (BBB = Bayerischer Beamtenbund e.°V.) dieses Jahr (2020) eine Online-Umfrage durchgeführt, um mehr über die Ansichten der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zum Thema Homeoffice herauszufinden. Die Auswertung zeichnete ein recht klares Stimmungsbild ab: Über 61 Prozent der Befragten wünschen sich generell unbedingt mehr Homeoffice im öffentlichen Dienst. Fast 84 Prozent aller Probanden wünschen sich, nach Corona (teilweise oder komplett) im Homeoffice arbeiten zu können.“ (Homepage Bayerischer Beamtenbund e. V.)

„Home-Office muss bleiben!“ (bfg Nachrichten 11/2020)

„Die bfg-Umfrage weist den Weg in die Zeit nach der Pandemie. Es ist deutlich geworden, dass die Beschäftigten auch nach der Corona-Zeit gerne flexibler arbeiten wollen, dass sie gerne einen Teil ihrer Aufgaben von daheim aus erledigen würden. Es ist auch deutlich geworden, dass die Beschäftigten hier einiges für möglich halten, dass sie großes Potenzial sehen für ein Arbeiten von daheim aus.“ (bfg Nachrichten 8-9/2020)

„Die Ausweitung der Möglichkeiten für Wohnraum- und Telearbeit als auch klare Regelungen zum Homeoffice müssen zeitnah in die bestehende Dienstvereinbarung eingearbeitet werden.“ (Haushaltseingabe ver.di Landesbezirk Bayern, Landesfachkommission Justiz und Justizvollzug zum Jahreshaushalt 2021)

„Mobil oder im Homeoffice zu arbeiten, ist für viele Berufstätige eine große Erleichterung, gerade wenn es darum geht Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Was in vielen Bereichen gelebter Alltag ist, ist für andere ein hart erkämpftes Privileg. Mit der Coronakrise hat sich das schlagartig geändert: So viele Beschäftigte wie noch nie sind derzeit darauf angewiesen, von zuhause aus zu arbeiten. Deutschland befindet sich im größten Homeoffice-Experiment aller Zeiten.“ (Homepage DBB Beamtenbund und Tarifunion)